Geschrieben von: Kurt Michael Jantscher
Donnerstag, den 29. November 2012 um 21:34 Uhr

Nach Schließung der Großstübinger Volksschule und heftigen Diskussionen im Zuge der Gemeindestrukturreform rollt die nächste Lawine auf die Stübinger Bevölkerung zu. Obwohl in den letzten vier Jahren von einem geplanten Steinbruch nichts mehr zu hören war, scheint es nun zum Leidwesen der Bevölkerung, dass wieder Bewegung in die Sache kommt. Bei den im November stattgefundenen Gemeinderatssitzungen in Großstübing und Deutschfeistritz stellte ein regionaler Unternehmer ein neues Projekt vor, dass die Bürger aufhorchen ließ. Glaubte man zunächst es sei rund um das Steinbruchprojekt im Stübingtal ruhig geworden, machte die Ankündigung hier wiederum ein genehmigungsfähiges Projekt starten zu wollen bereits durch die bloße Ankündigung zahlreiche Bürger der beiden Gemeinden mobil.

Konkret geht es - wie bereits 2005 vorgesehen und nicht genehmigt - um den Abbau im sogenannten „Jodelgraben“ unweit des Ortskerns von Großstübing. Mit einer Fläche von 4,9 Hektar bleibt der Steinbruchwerber knapp unter der Grenze für eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Mitten im Landschaftsschutzgebiet soll hier nun Schotter abgebaut werden. Abtransportiert - der zukünftige Betreiber des Genehmigungsverfahrens sprach von einer Jahresabbaumenge von 65.000 m³ - soll das ganze Material durch das Stübingtal, durch Kleinstübing, bis hin zum Firmensitz in Friesach werden. Betroffen ist nicht nur die Großstübinger Bevölkerung durch den Abbau mit Sprengungen, Staub und Lärm, sondern auch die Bevölkerung von Kleinstübing, Deutschfeistritz und Friesach durch deren Wohngebiete die Schotterlawine zukünftig rollen soll. Der derzeit vor der Einreichung stehende Steinbruch hat eine Ergiebigkeit von 21 Jahren; wenn dann „alte Steinbruchflächen“ wieder zu Wald rückgeführt werden ist der Abbauzeitraum für menschliche Zeiträume nahezu unbegrenzt möglich. Trotz allen Beschwichtigungen man könne über Auflagen und Einschränkungen (wie: nur 2 bis 3 Lkw´s pro Stunde; samstags eventuell keine Transporte; Abbau nur an 200 Tagen im Jahr;…) im Zuge des Genehmigungsverfahrens mit den Betroffenen verhandeln, löste die bloße Ankündigung des nun wieder aufkeimenden Steinbruchprojektes bei den Zuhörern der Gemeinderatssitzungen blankes Entsetzen aus.Durch die rechtlichen Bestimmungen des Mineralrohstoffgesetzes kommt weder den Betroffenen noch den Gemeinden Parteistellung im Genehmigungsverfahren zu. Hier ist wiederum vorgesehen, dass einige Wenige auf Kosten der Bevölkerung profitieren. Im direkten Einzugsgebiet des geplanten Steinbruchs und entlang der Transportstrecke leben über 1.000 Menschen. Häuslbauer die um die Wertminderung Ihrer Grundstücke und Wohnhäuser bangen müssen, Anwohner die durch Staub und Lärm der vorbeidonnernden LKW Lawine überrollt werden. Kinder und ältere Menschen die vor allem im Nadelöhr durch Kleinstübing vom LKW Verkehr massiv gefährdet wären.
Stellen die vorhandenen Steinbrüche im Rötschgraben, in Gratkorn und im Norden von Peggau nicht schon ausreichende Belastungen dar? Soll nun wiederum das bisher unberührte Stübingtal, dass größtenteils Natur-, Wasserschon- und Landschaftsschutzgebiet ist für Generationen verschandelt werden? Keiner der Bürger hat es sich verdient zukünftig dort zu wohnen wo der Steinbruch ist und die LKWs vorbeidonnern. Wie schon 2005 formieren sich die betroffenen Gemeinden sowie die Bürgerinitiative, anders hat man in einem Rechtsstaat keine Chance.
Die Protestbewegungen kurz nach den besagten Gemeinderatssitzungen haben schon gezeigt,

dass sich die Bevölkerung ein derartiges Projekt nicht gefallen lassen wird.
Man darf gespannt sein!